

Wer schützt die Presse vor den Verlegern?

**Bericht zum Medienforum „Vom Journalisten
zum Lohnschreiber“ der Friedrich-Ebert-Stiftung
am 17. November 2003 in Bonn**

Von Gerhard Samulat

Das Grundgesetz schützt die Freiheit der Presse. Doch auch Medienhäuser sind ausgeprägte Wirtschaftsunternehmen, die harten ökonomischen Kriterien unterliegen – und das zeigen sie zunehmend. Chefredakteure argumentieren immer öfter wie Verleger, sie sprechen von ökonomischen Zwängen und von Märkten, seltener von journalistischen Qualitäten wie Aufklärung und öffentlicher Kontrolle. Der Grund ist schnell ausgemacht. Die derzeitige Wirtschaftskrise trifft auch die Medien hart. In den Zeiten der New Economy, als jeder Börsengang mit großflächigen Anzeigen begleitet wurde, und als so genannte feindliche Übernahmen zu wahren Anzeigeschlachten in den Medien führten, da verdienten sich auch die Medien eine goldene Nase. Oft nutzten sie die willkommenen Mehreinnahmen zum maßlosen Ausbau der Redaktionen, wie Michael Haller meint. Der Professor für Kommunikations- und Medienwissenschaften von der Universität Leipzig war einer der Redner auf dem Bonner Medienforum „Vom Journalisten zum Lohnschreiber“.

Das ist nun alles vorbei, und viele – durchaus auch bekannte – Medienhäuser sind in Schieflage geraten. Haller diagnostizierte hier ein Versagen der Verlagsmanager. Er rechnete vor, dass die Werbeeinnahmen des Jahres 2002 mit gut 6 Milliarden Euro etwa auf dem Niveau des Jahres 1996 lägen. „Damals gab es doch auch keine Medienkrise“, so Haller. Er geht davon aus, dass

gut ein Drittel der Medienkrise von den Verlagen selbst verschuldet sei. Da wurden riesige Bürokomplexe langfristig angemietet und Online-Redaktionen aus dem Boden gestampft. Ein weiteres Drittel der Krise sei konjunkturbedingt, und das verbleibende Drittel hänge mit dem Strukturwandel zusammen, der sich darin ausdrückt, dass viele Anzeigen ins Internet abwandern.

Dass es zu Einbußen in der Qualität der Medien gekommen ist, bestätigt auch Joachim Westhoff, Chefredakteur des General-Anzeigers in Bonn. „Die Redakteure müssen heute viel mehr leisten als noch in der Vergangenheit, und das Korrekturlesen ist zu einem Luxus geworden“, meint Westhoff. „Heute werden in der Zeitung viel mehr Fehler gemacht als früher“, gibt er unumwunden zu. „Aber was sollen wir machen?“ ergänzt er resigniert.

Am schlimmsten treffe es die Bildredakteure, meint Ulrike Kaiser, Mitglied im Deutschen Journalisten-Verband und Chefredakteurin des *journalist*. „Derzeit gibt es in Deutschland keine einzige Volontärsstelle mehr für Bildjournalisten. Die Redakteure müssen die Fotos zunehmend selbst schießen.“ Weiter zählt sie auf, dass rund zehn Prozent der gut 70.000 Journalisten in Deutschland arbeitslos seien, und viele der Kolleginnen und Kollegen, die noch Arbeit hätten, unterdurchschnittlich verdienten, obwohl deren Ausbildungsstand noch nie so gut war wie heute. Da mittlerweile viele Kolleginnen und Kollegen in journalistisch verwandte Bereiche abwandern wie PR, Werbung, Unterhaltung oder gar Politik, spricht sie von einer Auflösung des Berufsbildes des Journalisten. Da es zudem durchaus häufig dazu komme, dass langjährige Journalisten ihren Schreibtisch räumen müssen und statt dessen unerfahrene Volontäre ihre Stellen einnehmen,

spricht Kaiser ferner von einer schleichenden Deprofessionalisierung des Berufsstandes. „Der Journalismus wird dadurch billig gemacht“, so Kaiser, was durchaus im doppelten Sinne richtig sei.

Dass Kultur und die Medien zu einem Wirtschaftsgut verkommen, stellt auch Thomas Leif vom *netzwerk recherche* fest. „Was der italienische Ministerpräsident Berlusconi in Italien treibt, kommt auch auf uns zu“, prophezeit er düster. „Alte gediente Journalisten gelten nichts mehr. Die Jugend ist zum Fetisch erhoben worden!“ so Leif weiter. Er spricht von einem Boom der Zerstreungsmedien, von Pseudo-Aktivitäten in den Medien und von Info-Cocktails, die angeboten werden, ausschließlich um Einschaltquoten oder Verkaufszahlen zu steigern. Zunehmend nähmen Redaktionen es nicht mehr so genau mit der Trennung von Redaktion und Anzeige. Das führte dann auch zur Anmerkung aus dem Publikum, ob es denn möglich sei, die Journalisten vor den Verlegern und Sendemachern zu schützen. Denn schließlich gelte das grundgesetzlich geschützte Recht auf Pressefreiheit nicht, um Wirtschaftsunternehmen zu schützen, sondern um demokratische Freiheiten zu gewährleisten.

Die scheinen in den Medienanstalten aber nicht selten unter die Räder zu geraten. Daher plädiert auch Thomas Meyer von der Universität Dortmund dafür, die journalistischen Stilformen strikt einzuhalten. „In einem Bericht soll auch ein Bericht drin stehen“, so seine Forderung. Der Journalist dürfe nicht zum Lohnschreiber verkommen. Sonst verliere er – und damit seine Zeitung oder sein Sender – langfristig sein wichtigstes Gut: Seine Glaubwürdigkeit!

Anschläge (inkl. Leerzeichen): 4.900